



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des
Berufsverbandes Orthoptik Deutschland e. V.**

1. Durch welche Maßnahmen werden Sie/Ihre Partei dem mangelnden Angebot an orthoptischer Versorgung entgegenwirken? Bereits heute zeichnet sich ein hoher Fachkräftemangel im Bereich der orthoptischen Versorgung ab. Eine Lösung, über ausländische Fachkräfte diesen Bedarf zu decken, ist gescheitert.

Antwort:

In dieser Wahlperiode haben wir bereits zahlreiche Gesundheitsberufsgesetze novelliert. Genau hier möchten wir ansetzen und die Reform der Berufsgesetze vollenden. Dabei stimmen CDU und CSU mit Ihnen überein: Wir müssen gemeinsam dem Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich entgegenwirken, denn nur so können wir unsere qualitativ hochwertige Versorgungsstruktur im Gesundheitswesen aufrechterhalten. Das gilt gerade auch für den Beruf der Orthoptistin und des Orthoptisten. Deshalb wollen wir grundsätzlich die Aus- und Weiterbildung in den Gesundheitsberufen stärken und die bereits auf den Weg gebrachte Abschaffung des Schulgeldes in den Gesundheitsberufen sowie die Einführung einer allgemeinen Ausbildungsvergütung zügig umsetzen. Die orthoptische Versorgung umfasst unter anderem die Prävention, Diagnose und Therapie von Störungen des ein- und beidäugigen Sehens bei Schielerkrankungen, Sehschwächen und Augenzittern. Um diesen wichtigen Versorgungsbereich auch künftig aufrechtzuerhalten und zu stärken, ist es unabdingbar, auch weiterhin konsequent Maßnahmen der Fachkräftegewinnung im In- als auch aus dem Ausland konsequent zu verfolgen: Hierbei wollen CDU und CSU den Schwerpunkt unter anderem auf eine gute berufliche Ausbildung legen.

2. Wie stehen Sie und Ihre Partei zur eigenverantwortlichen Tätigkeit von Orthoptisten? Durch die im Gesetz festgelegte mitwirkende Tätigkeit von Orthoptisten besteht im Moment nur die Möglichkeit, delegierte Tätigkeiten ausführen. Gerade in der Pandemie hat sich dies als großes Problem erwiesen.

Antwort:

Die Umsetzung und Etablierung von eigenverantwortlichen Tätigkeiten im Gesundheitsbereich, etwa durch Orthoptistinnen und Orthoptisten, werden angesichts teilweise drängender Versorgungsprobleme in den nächsten Jahren eine größere Aufmerksamkeit erhalten. Wir als CDU und CSU sprechen uns grundsätzlich dafür aus, den Verantwortungsbereich von Gesundheitsberufen auszuweiten. Klar ist für uns dabei aber

auch, dass die Gesundheitsberufe, die zusätzliche eigenverantwortliche Aufgaben übernehmen, dann auch entsprechend mehr Verantwortung für Indikation und Therapieergebnisse einerseits und für die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung andererseits zu übernehmen haben.

3. Werden Sie und Ihre Partei sich für die Modernisierung des OrthoptG unter Beteiligung des BOD e. V. einsetzen? Wie gehen Sie und Ihre Partei damit um, dass Orthoptist*innen mit einem deutschen Abschluss in Europa zu den Letzten gehören, die ohne akademischen Abschluss im Gesundheitswesen arbeiten?

Antwort:

Aus Sicht von CDU und CSU sollten all diejenigen Berufsgesetze novelliert werden, bei denen ein entsprechender Bedarf besteht. Dabei sollte es darum gehen, den Beruf etwa durch Modernisierungsansätze attraktiver zu gestalten. Auch wollen wir das Schulgeld in den Gesundheitsberufen abschaffen und die Einführung einer allgemeinen Ausbildungsvergütung zügig umsetzen. Bei den hierfür notwendigen Initiativen werden die entsprechenden Berufsverbände grundsätzlich eng eingebunden, etwa im Rahmen von Stellungnahmeverfahren und Anhörungen. Hieran wollen wir festhalten.